

## ***Sisis Ägypten – Vollendung der Revolution oder zurück auf Null?***

Annette Ranko und Najwa Sabra

Die für das Frühjahr 2015 angesetzten Parlamentswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Sie sollten die „Post-Mursi-Roadmap“ beenden, die das Militär nach dem Sturz der Muslimbruderschaft 2013 ausgerufen hatte. Präsident Sisi will damit den Kurs seines Vorgängers Muhammad Mursi „korrigieren“ und den demokratischen Übergang Ägyptens vollenden, den die Revolution von 2011 anstoßen wollte. Ist jedoch mit der Rückkehr eines Generals in den Präsidentenpalast eine Demokratisierung möglich?

### **Analyse**

Im Juli 2013 setzte das ägyptische Militär nach Massenprotesten den demokratisch gewählten Präsidenten Mursi ab. Der General und spätere Präsident Abdelfattah as-Sisi erbat sich vom ägyptischen Volk eine Vollmacht, um den Terror im Land militärisch zu bekämpfen, der seit Mursis Sturz drastisch angestiegen war.

- Im Schatten des „Krieges gegen den Terror“ ist die Demokratisierung bislang wenig vorangeschritten. Die geplanten Parlamentswahlen werden dies kaum ändern.
- Dennoch ist Sisi sehr populär und wird von großen Teilen der Bevölkerung als Versöhner von Staat und Volk gefeiert. Dabei basiert sein Legitimitätsanspruch zunehmend darauf, den Bürger als „Arm des Staates innerhalb der Gesellschaft“ zu mobilisieren.
- Der Präsident hat allerdings nicht das gesamte ägyptische Volk hinter sich, auch im nicht islamistischen Lager wächst die Kritik an seinem Führungsstil.
- Will Sisi seine Unterstützer langfristig an sich binden, wird er vor allem ihren Wunsch nach wirtschaftlicher Entwicklung umsetzen müssen. Für die dafür benötigten ausländischen Investitionen versucht Sisi – nach außen hin –, sich dem Westen wieder anzunähern. Nach innen hin duldet er jedoch zunehmend antiwestliche Polemik, die auch von staatlichen Institutionen betrieben wird.
- Unterdessen setzt innerhalb der Muslimbruderschaft eine historische Umorientierung ein, die den Kreislauf aus Gewalt und Gegengewalt aller Wahrscheinlichkeit nach weiter vorantreiben wird.

*Schlagwörter: Ägypten, Terrorismus, Muslimbruderschaft, Wahlen, Arabischer Frühling, Demokratisierung*

## Mursis Sturz

Am 30. Juni 2013 forderten Millionen Ägypter in Massendemonstrationen den Rücktritt des Muslimbruder-Präsidenten Muhammad Mursi sowie Neuwahlen. Anlass der Proteste war der autoritäre Regierungsstil des Islamisten. So hatte er unter anderem eine Verfassung durchgesetzt, die maßgeblich von der Muslimbruderschaft und ohne Berücksichtigung liberaler und linker Kräfte erarbeitet worden war. Zudem zeigte sich die Bevölkerung mehr und mehr unzufrieden mit der Unfähigkeit des Präsidenten, der massiven wirtschaftlichen Probleme des Landes Herr zu werden. Nachdem sich Mursi weigerte, Neuwahlen anzusetzen, stürzte ihn das Militär am 3. Juli 2013 unter dem Jubel der Demonstranten und setzte ihn fest. Der Hohe Militärrat ernannte den Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes, Adli Mansur, zum Übergangspräsidenten und verkündete einen Fahrplan, der den Kurs der Muslimbruderschaft korrigieren und die Demokratisierung des Landes und damit die „Revolution des 25. Januar“ vollenden sollte. Mursis Sturz wurde deshalb von weiten Teilen der Bevölkerung nicht als Militärputsch, sondern als „Zweite Revolution“ angesehen.

Der vom Militär vorgelegte Fahrplan sah vor, dass zunächst eine neue Verfassung erarbeitet und dem ägyptischen Volk in einem Referendum zur Abstimmung vorgelegt werden sollte. Anschließend sollte die Wahl eines neuen Präsidenten und eines Parlaments erfolgen. Nach dem Verfassungsreferendum im Januar 2014 und der Präsidentschaftswahl im Mai 2014, die der ehemalige Armeechef Abdel Fattah as-Sisi mit circa 97 Prozent der Stimmen für sich entschied, stellt die für das Jahr 2015 geplante Parlamentswahl somit das formale Ende des Fahrplans dar. Die Wahl war ursprünglich vom 21. März bis zum 7. Mai angesetzt. Am 1. März 2015 urteilte das Verfassungsgericht, dass der Zuschnitt der Wahlkreise nicht verfassungskonform sei. Ein Beschluss des Verwaltungsgerichts hat die Wahl daraufhin am 3. März bis auf unbestimmte Zeit verschoben. Experten schätzen, dass das neue Parlament frühestens Mitte 2015 gewählt wird.

Ausgeschlossen von diesem politischen Prozess blieben jedoch die Muslimbruderschaft und ihre Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, die bei den Parlamentswahlen im Jahr 2012 noch mit Abstand stärkste Kraft geworden war und im selben Jahr auch die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. Die politische Ausschaltung der Gruppe begann unmit-

telbar nach Mursis Sturz und wurde von Anfang an maßgeblich von Abdel Fattah Sisi vorangetrieben, der nicht zuletzt deshalb bei großen Teilen des Volkes immer populärer wurde. Trotz steigender innerägyptischer Kritik an seinem zunehmend repressiven Vorgehen gegen Regimekritiker ist Präsident Sisi bei vielen Ägyptern bis heute äußerst beliebt. Seinen Legitimitätsanspruch stützt er dabei auf mehrere Komponenten.

## Drei Säulen von Sisis Legitimität

### 1. Krieg gegen den Terror

Laut Sisi befindet sich Ägypten in einer existenziellen Bedrohung durch Islamisten, die noch höhere Opferzahlen als beispielsweise der syrische Bürgerkrieg fordern werde. Seine Aufgabe als Präsident sei, diese Bedrohung mit militärischer Macht abzuwenden, indem er gegen die militanten Gruppierungen auf dem Sinai, die seit der Absetzung von Mursi vermehrt Terrorakte auch in den großen Städten außerhalb des Sinai verüben, sowie gegen die Muslimbruderschaft vorgeht. Die Muslimbruderschaft kollaboriere mit den jihadistischen Gruppen auf dem Sinai, teile deren Gedankengut und plane darüber hinaus – zur Sühnung der Absetzung Mursis – einen Rachefeldzug an den Ägyptern, der Millionen Menschen das Leben kosten werde. Dementsprechend sei nicht nur die Inhaftierung Tausender Muslimbrüder, sondern auch das Massaker, das bei der Räumung zweier Pro-Mursi-Protestcamps im August 2013 mindestens 650 Tote gefordert hatte, sowie der Ausschluss der Gruppe aus dem formalen politischen Prozess aus präventiven Gründen erforderlich gewesen.

Mit der Projizierung eines existenziellen Kampfes zwischen Islamisten auf der einen und den patriotischen Ägyptern und dem ägyptischen Staat auf der anderen Seite greift Sisi einen Legitimitätsanspruch auf, den schon Präsident Hosni Mubarak (1981-2011) für sich erhoben hatte. Der Unterschied ist jedoch, dass Sisi auf weitaus höhere Resonanz im Volk stößt als seinerzeit Mubarak. Dies ist auf die drastische Zunahme islamistischer Gewalt und auf den Verfall von Staatlichkeit in anderen arabischen Ländern wie Libyen, Syrien oder Irak zurückzuführen. Viele Ägypter befürchten, dass ihr Land dasselbe Schicksal ereilen werde. Auch die Muslimbruderschaft wird heute in weiten Teilen der Bevölkerung diesem Bedrohungsszenario zugeord-

net, obwohl genau dieselbe Bevölkerung die Gruppe noch im Jahr 2012 zur stärksten Kraft im Parlament und ihren Kandidaten zum Präsidenten gewählt hatte. Fast über Nacht hat sich bei großen Teilen des Volkes das Bild der Muslimbruderschaft verändert, weil diese vor allem unmittelbar vor und nach dem Sturz Mursis eine aufhetzende Rhetorik verfolgte und somit Gewalt in der Bevölkerung schürte – vor allem gegenüber der christlichen Minderheit. Gleichzeitig findet aber auch eine Ausweitung des Terrorbegriffes statt. So heißt es heute oft, dass die Muslimbruderschaft das ägyptische Volk zumindest „emotional terrorisiert“ habe. Beispielsweise habe Mursi dabei versagt, die Lebensumstände der Ägypter zu verbessern. Außerdem habe die Muslimbruderschaft versucht, ihre islamistische Weltanschauung durch eine von ihr allein erarbeitete – allerdings durch ein Referendum angenommene – Verfassung den Ägyptern aufzuzwingen.

## 2. Die Mobilisierung des Bürgers

Der Legitimitätsdiskurs von Sisi zeichnet sich ferner dadurch aus, dass er in einem hohen Maß die Bürger inkorporiert. Dies setzt ihn deutlich von Mubarak ab. So erbat sich Sisi noch vor seiner Zeit als Präsident einen „Freifahrtschein“ vom Volk – in Form von Massendemonstrationen – für die gewaltsame Räumung der Pro-Mursi-Protestcamps, die im August 2013 in einem Massaker an den Mursi-Anhängern mündete. Gleichzeitig präsentiert sich Sisi heute als dem Volk besonders nahe stehend und emotional. So beteuerte er beispielsweise, dass der Tod der linken Aktivistin Schaima as-Sabbagh, die im Jahr 2015 bei Protesten anlässlich des Jahrestags der „Revolution des 25. Januar“ wahrscheinlich von Sicherheitskräften getötet worden war, für ihn so schmerzhaft sei wie der Tod seiner eigenen Tochter. Inszeniert als der „Mann von nebenan“ lässt sich der ehemalige Generalstabschef zum Beispiel mit hochgekrempelten Ärmeln beim Fahrrad fahren fotografieren, verwendet in seinen Reden ägyptischen Dialekt und die Sprache des einfachen Volkes. Die Kampagne um den Präsidenten zielt jedoch nicht nur darauf ab, zu vermitteln, dass Sisi wie Jedermann sei, sondern auch, dass im Umkehrschluss jeder wie Sisi sein könne. Dabei wird in besonderem Maß das Individuum angesprochen, sich als patriotischer Ägypter im Kampf gegen den Terror als Arm des Staates innerhalb der Gesellschaft einzusetzen. So hat beispielsweise das Verkehrsministerium Anfang Februar 2015 im Rahmen der Kampagne

„Sicherheit ist die Verantwortung aller“ denjenigen kostenlose Metro-Jahrestickets versprochen, die Hinweise auf geplante subversive Aktionen melden oder die Versuche anzeigen, das öffentliche Transportsystem anzugreifen oder auch nur zu beeinträchtigen. Bereits seit einigen Monaten werden zunehmend Menschen denunziert, die sich in Cafés oder an öffentlichen Plätzen über Politik oder Proteste unterhalten und dabei etwaige Verschwörungen gegen den Staat planen könnten. Im November 2014 war davon sogar Alain Gresh, Redakteur der *Le Monde Diplomatique*, betroffen. In ähnlicher Manier rief der Sprecher des ägyptischen Journalistenverbandes erst kürzlich die Journalisten dazu auf, eigene Kollegen zu denunzieren, die gegen das Militär aufhetzen würden. Diese Mobilisierung des Individuums unter Sisi stellt einen markanten Unterschied zur Mubarak-Zeit dar.

## 3. Modernisierungsversprechen

Eine dritte Säule von Sisis Popularität ist sein Versprechen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben und die Massenarmut zu überwinden. Seit der Gründung der ägyptischen Republik nach dem Sturz der Monarchie in den 1950er Jahren gehörte dies stets zu den größten Versprechen, das die ägyptischen Präsidenten dem Volk gaben und an dem sie gemessen wurden. So lautete die erste Forderung in den Protesten, die im Jahr 2011 Mubarak zu Fall brachten, „Brot“ und dann erst „Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Anderthalb Jahre später scheiterte Mursi vor allem auch an seiner Unfähigkeit, die sozioökonomische Misere im Land in Angriff zu nehmen.

Auch Präsident Sisi wird also einiges leisten müssen, damit ihn langfristig gesehen nicht das gleiche Schicksal ereilt. Zu diesem Zweck hat er bereits mehrere staatliche Großprojekte in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Wohnungsbau, Verkehrs- und Energieinfrastruktur angekündigt. Unter Experten sind die Chancen auf tatsächliche Umsetzung und Erfolg dieser Projekte jedoch umstritten. Prominentes Beispiel ist der Ausbau der Suez-Kanal-Zone, bei dem eine zweite Wasserstraße gebaut und ein internationales Industrie- und Logistikzentrum errichtet werden soll. Solche Vorhaben lehnt Sisi explizit an die nationalen Großprojekte des ehemaligen Präsidenten Nasser an – wie den Assuan-Staudamm. Gleichzeitig verbindet er dies mit Aufrufen an die Bürger, sich individuell und „im Kleinen“ an den

Entwicklungsbestrebungen des Landes zu beteiligen. Er appelliert an die Bevölkerung, mehr Stunden als bisher zu arbeiten, um die Produktivität zu steigern, oder – genau wie er selbst es tat – dem Staat einen Teil ihres Vermögens zu spenden. Die wirtschaftliche Fragilität des Staates wird an diesen Stellen nicht vertuscht, sondern offenbart. Damit wird der Staat nicht mehr als „Rundumversorger“ propagiert, der er zu Nassers Zeiten war. In ganz „unnasseristischer Manier“ wurden bereits erste Subventionen gekürzt und die Preisanstiege den Bürgern als „patriotisches Opfer“ abverlangt.

### **Fahrplan zur demokratischen Transition?**

Trotz seiner Popularität hat Sisi keineswegs alle Teile der Bevölkerung hinter sich. Im „neuen“ Staat geht der Präsident mit massiver Repression gegen Kritiker und Oppositionelle vor. Ägypten erlebt somit den Wiedereintritt des Militärs in die Politik und eine Rückkehr zu einigen Regierungspraktiken Mubaraks. Die demokratische Transition, die der Post-Mursi-Fahrplan erreichen sollte, scheint zumindest vorerst auf Eis zu liegen.

#### *Die neue Verfassung*

Gemäß des Fahrplans wurde zunächst die Verfassung überarbeitet, die im Jahr 2012 unter der Ägide der Muslimbruderschaft erarbeitet worden war. Sowohl der Prozess der Überarbeitung als auch der Inhalt der Verfassung weisen jedoch demokratische Defizite auf.

Übergangspräsident Adli Mansur ernannte im Juli 2013 zehn Experten, die die Verfassung überarbeiten sollten. Sie legten einen Entwurf vor, über den daraufhin ein ebenfalls ernanntes und nicht demokratisch legitimes 50-köpfiges Komitee beriet. Fast gänzlich ausgeschlossen blieben die verschiedenen islamistischen Kräfte. Obwohl sie in den Parlamentswahlen von Ende 2011/Anfang 2012 noch circa zwei Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereint hatten, waren sie nun lediglich mit zwei Abgeordneten vertreten.

In der neuen Verfassung wurden vor allem jene Artikel gestrichen, mit denen die Muslimbruderschaft den islamischen Charakter des Staates stärken wollte. Zugleich garantiert sie den Sicherheitskräften ein hohes Maß an Autonomie und festigt damit den Status des Militärs als „Staat im Staat“ und dessen politische und wirtschaftliche Vorrechte. So erfordert die Ernennung des

Verteidigungsministers, der aus dem Offizierscorps zu stammen hat, für die nächsten acht Jahre die Zustimmung des Hohen Militärrats. Darüber hinaus ist das Budget des Militärs, das in Ägypten eine zentrale Wirtschaftsmacht darstellt, ziviler Kontrolle durch das Parlament weitgehend entzogen und die Verfassung ermöglicht es explizit, Zivilisten der Militärgerichtsbarkeit zu unterwerfen.

Auch Polizei und Sicherheitsdienste konnten sich weitgehende Autonomie sichern. So hat ein Gremium an Polizeioffizieren künftig ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung, die den Polizeiapparat betrifft, und Offizieren der Sicherheitsdienste kann vor zivilen Gerichten nicht der Prozess gemacht werden.

#### *Die Unterhöhlung demokratischer Rechte per Dekret*

Das monatelange Hinauszögern der Parlamentswahl hat es Interimspräsident Mansour und danach Präsident Sisi ermöglicht, das Land – in Abwesenheit eines Parlaments – seit fast zwei Jahren mit Dekreten zu regieren, die die demokratischen Rechte der Bürger beschneiden und mit denen systematisch gegen Opposition und Zivilgesellschaft vorgegangen wird.

So legt etwa ein im November 2013 erlassenes, restriktives „Demonstrationsgesetz“ fest, dass jede Ansammlung von mehr als zehn Menschen beim Innenministerium angemeldet werden muss und verboten werden kann. Das Gesetz untersagt jegliche Aktionen, die die öffentliche Sicherheit gefährden oder den Verkehr behindern können. Für Verstöße sieht es Haftstrafen von bis zu sieben Jahren vor. Das Gesetz dient der Regierung als zentrales Instrument, um Proteste nicht nur der islamistischen, sondern auch der linken und liberalen Sisi-Kritiker zu unterbinden. Prominentes Beispiel sind die verhängten langjährigen Haftstrafen für einige führende Mitglieder der Jugendbewegung des 6. April, die als Mitinitiatorin der „Revolution des 25. Januar“ sogar für den Friedensnobelpreis nominiert war.

Weiterhin erließ Präsident Sisi im Oktober 2014 ein Dekret, das Straftaten – und damit auch Verstöße gegen das Demonstrationsgesetz –, die an öffentlichen Einrichtungen wie etwa Schulen oder Universitäten erfolgen, der Militärgerichtsbarkeit unterstellt. So wird die Praxis ausgeweitet, Zivilisten vor Militärgerichte zu stellen.

Laut Menschenrechtsorganisationen wird auch die Arbeit von NGOs erschwert. Im Sommer 2014 wurden sie dazu aufgerufen, sich gemäß

einem Gesetz von 2002 innerhalb der nächsten Monate registrieren zu lassen. Es bleibt abzuwarten, welche Regularien diejenigen NGOs, die den Registrierungsprozess passieren, zu erwarten haben. Ein äußerst restriktiver neuer Gesetzesentwurf soll bereits vorliegen und dem neuen Parlament vorgelegt werden. Bisher ist in Ägypten auch gegen deutsche politische Stiftungen vorgegangen worden. Im Dezember 2011 – in der Regierungszeit des Hohen Militärrats – fanden Durchsuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo statt, die in der Verurteilung des Büroleiters und einer deutschen Mitarbeiterin in Abwesenheit zu fünf bzw. zwei Jahren Haft mündeten. Momentan wird Druck auf die Friedrich-Naumann-Stiftung ausgeübt.

Journalisten sind mit ähnlichen Bedingungen konfrontiert. „Reporter ohne Grenzen“ nannte Ägypten als das Land mit der weltweit zweithöchsten Anzahl von Verhaftungen von Journalisten: Im Jahr 2014 wurden 46 Journalisten mit dem Vorwurf verhaftet, Sympathisanten der Muslimbruderschaft zu sein, die nationale Einheit zu gefährden oder zu Gewalt und Unruhe anzustiften.

#### *Die Präsidentschaftswahl*

Die Wahl eines neuen Präsidenten sollte nach der Verfassungsreform ein weiterer Schritt der Post-Mursi-Roadmap sein. Unmittelbar nach dem Sturz des Muslimbruder-Präsidenten hatte das Militär noch beteuert, keine Ambitionen auf das höchste politische Amt im Land zu hegen. Dennoch trat Sisi nur wenige Monate später in einer großangelegten Kampagne zur Präsidentschaftswahl an. Er hatte lediglich einen Gegenkandidaten – den Linkspolitiker Hamdeen Sabbahi. EU-Wahlbeobachter bewerteten die Wahl zwar als frei, aber nicht unbedingt als fair. Im Vorfeld war das Regime stark repressiv gegen die Opposition vorgegangen und hatte einen fairen Wahlkampf verhindert. Das Wahlergebnis, das Sisi mit fast 97 Prozent der Stimmen als Präsidenten sah, unterstrich das. Die Wahlbeteiligung war an beiden Wahltagen jedoch derart niedrig, dass man die Wahl von zwei auf drei Tage verlängerte, den dritten Wahltag zum Feiertag erklärte und Nichtwählern eine Strafzahlung androhte.

#### *Die Parlamentswahl als Siegel des Fahrplans*

Die kommenden Parlamentswahlen stellen den letzten Schritt des Fahrplans der „Post-Mursi“-Ära dar und sollen laut Sisi den Übergang zur Demokratie vollenden. Doch dem Parlament wird

es aller Wahrscheinlichkeit nach schwer fallen, sich als Gegengewicht zur Exekutive zu behaupten.

Das im Juni 2014 erlassene Wahlgesetz legt fest, dass von 567 Parlamentssitzen nur 120 der Sitze über Parteilisten vergeben werden und 420 an individuelle Kandidaten. Die 27 verbleibenden Parlamentarier werden vom Präsidenten ernannt. Der hohe Prozentsatz an direkt gewählten, individuellen Kandidaten gilt Experten bei der momentanen politischen Landschaft Ägyptens als eine Bevorzugung von Sisi-loyalen Mitgliedern der im Jahr 2011 aufgelösten Regierungspartei Mubaraks, der National Democratic Party, sowie von gut vernetzten Geschäftsleuten gegenüber den Mitgliedern von Oppositionsparteien.

Ein Gegengewicht zur Regierung könnte im Parlament nur dann entstehen, wenn sich Oppositionspolitiker gemeinsam organisieren. Das Wahlsystem begünstigt jedoch eine parteipolitische Zersplitterung. Parteien werden nur vereinzelt Sitze über „individuelle Kandidaten“ gewinnen. In den vier Wahlkreisen, in denen über Parteilisten gewählt wird, werden alle Mandate des Bezirkes an die Partei oder die Wahlallianz vergeben, die die absolute Mehrheit (über 50 Prozent der Stimmen) auf sich vereint. Viele Parteien werden somit nur durch Wahlallianzen den Sprung ins Parlament schaffen können. Dies fördert die Bildung breiter, heterogener Wahlallianzen, deren Kooperationsfähigkeit im parlamentarischen Betrieb zweifelhaft ist.

Umso unwahrscheinlicher ist, dass sich das Parlament gegen die starke Exekutive, die auch von der Verfassung begünstigt wird, behaupten kann. So ernennt beispielsweise der Präsident den Ministerpräsidenten. Das Parlament kann dem zwar widersprechen und einen eigenen Kandidaten ernennen. In diesem Fall ist jedoch dem Präsidenten ein zentrales Mitspracherecht bei der Ernennung des Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Justizministers zugesichert.

#### **Eine gespaltene Gesellschaft**

Doch wie reagierten die gesellschaftlichen und politischen Akteure auf den Sturz von Mursi und die seither unter Präsident Sisi kaum voran schreitende Demokratisierung? Zum Zeitpunkt der Absetzung des Muslimbruder-Präsidenten waren sie deutlich in Befürworter und Gegner des Eingreifens des Militärs gespalten. Letztere waren weitestgehend islamistische Kräfte, erstere vor allem nicht

islamistische Kräfte wie Linke und Liberale. Eine Ausnahme bildete die salafistische al-Nur-Partei, die sich als einzige islamistische Kraft auf die Seite des Militärs stellte. Als Reaktion auf das Massaker an Mursi-Unterstützern im August 2013 scherten jedoch manche Akteure aus dem Pro-Militär-Lager aus, etwa Mohammad al-Baradei, der von seinem Posten als Interim-Vizepräsident zurücktrat, sowie die Gruppe des 6. April und die Revolutionären Sozialisten. So entstand seit dem Jahr 2013 ein drittes, „neutrales“ Lager, das zunächst aber schwach blieb, da es in einer hoch polarisierten Gesellschaft wenig ausrichten konnte.

Während die Muslimbruderschaft zu Beginn noch zahlreiche islamistische Kräfte in einer „Anti-Coup-Allianz“ hinter sich versammeln konnte, verließen immer mehr Kräfte die Allianz, je näher die Parlamentswahlen rückten. Sie erwogen nun nicht mehr den Boykott der neuen Ordnung, sondern eine Teilnahme an den Parlamentswahlen. Daher versucht die Muslimbruderschaft, deren Anhänger heute wohl auf einen Kern von geschätzten 12-20 Prozent der Bevölkerung zusammengeschnitten sind, momentan vermehrt auf Akteure des dritten, „neutralen“ Lagers zuzugehen.

Derweil betont die ägyptische Regierung, dass das gesamte Volk geschlossen hinter Sisi stehe, reduziert jegliche Opposition auf islamistisch motivierten Terrorismus und spricht von lediglich „vereinzelt, pervertierten Elementen“. De facto nimmt jedoch auch unter Nicht-Islamisten die Ablehnung des Regimes zu. Sie sehen in Sisi heute einen neuen Diktator, der den Kampf gegen den Terror ausnutzt, um ein neues autoritäres System mit totalitären Zügen zu errichten.

### **Eine neue Gewaltstrategie der Muslimbruderschaft?**

Derweil haben sich auch bei der Muslimbruderschaft Veränderungen vollzogen, die kaum zur Entspannung der Situation beitragen werden. Teile der Gruppe scheinen einen Richtungswechsel bezüglich der Haltung zur Gewalt eingeleitet zu haben.

Spätestens seit dem Jahr 1981 hatte die Muslimbruderschaft der Gewalt als Mittel im innenpolitischen Prozess abgeschworen und stattdessen erklärt, am formalen politischen Prozess teilzunehmen. In den letzten 35 Jahren hatte sie sich an Parlamentswahlen und Wahlen für Berufsverbände beteiligt. Darüber hinaus hatte sie ein weites Netz an sozialen Einrichtungen betrieben und damit

einen Unterstützerkreis im gesamten Land aufgebaut. Dies hatte ihr zunächst auch die Wahlerfolge nach dem Sturz Mubaraks beschert. Dennoch hatte die Muslimbruderschaft lange ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt.

So hatte beispielsweise der Gründer der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna, in den 1940er Jahren einen bewaffneten Geheimapparat betrieben. Auftrag des Geheimapparates war, gegen Zionisten in Palästina und gegen die britische Präsenz in der Kanalzone vorzugehen. Denn laut der Muslimbruderschaft war und ist Gewaltanwendung gegen eine Besatzungsmacht oder zur Verteidigung gegen eine externe Aggression legitim. Jedoch ermordete der Geheimapparat im Jahr 1948 schließlich auch den ägyptischen Premierminister als vermeintlichen Kollaborateur der Briten. Der Apparat wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten abgeschafft und die Führung der Gruppe begann einen gewaltfreien Diskurs zu verfolgen, mit dem sie sich auch gegen Sayyid Qutb wandte, der als intellektueller Pate späterer gewaltbereiter islamistischer Gruppen wie al-Jihad gilt. Die Führer der Muslimbruderschaft lehnten Qutbs Aufruf ab, den Herrscher als vom Islam abgefallen zu brandmarken und ihn somit als vogelfrei zu erklären. Damit stellten sie sich gegen den bewaffneten Kampf gegen das ägyptische Regime.

Im Angesicht der jüngsten Repression gegen die Muslimbruderschaft scheinen Teile der Bewegung mittlerweile vom Kurs der Gewaltfreiheit abzurücken. Auf die Ausnahmesituation seit dem Jahr 2013 reagierte die Muslimbruderschaft, indem sie die ehemals strikte Top-Down-Entscheidungskette aufbrach. Einzelne Komitees können nun Entscheidungen treffen und umsetzen, ohne sich zuvor mit der obersten Führungsriege rückkoppeln zu müssen. Mit der Umstrukturierung wurden außerdem einerseits dezidiert unpolitische Organe zur Missionierung gestärkt. Andererseits wurde aber auch ein „Komitee zur Überwindung der Krise und zur Mobilisierung“ gebildet. Dieses wird von einer Strömung innerhalb der jungen Generation dominiert, die den Konflikt mit Sisi eskalieren lassen möchte und dabei den Einsatz von Gewalt zunehmend als legitim erachtet. Ende Januar 2015 hat dies bereits Wellen geschlagen, als auf der offiziellen Homepage der Muslimbruderschaft ein Text veröffentlicht wurde, der sich auf den Geheimapparat unter al-Banna bezieht und betont, dass neben dem rechten Glauben, der Willensstärke und der Einheit der Gruppierung auch der Griff zu den Waffen

nötig sei, um das ägyptische Regime zu Fall zu bringen. Die Führungsriege der Muslimbruderschaft, die heute entweder im Gefängnis sitzt oder im Exil lebt, will den jahrzehntelang verfolgten Kurs der Gewaltfreiheit jedoch noch nicht aufgeben. Damit schwände die internationale Unterstützung dahin. Gleichzeitig verliert die Führung aber zunehmend Einfluss auf ihre Basis in Ägypten, die auch deshalb immer mehr der Gewaltstrategie zugeneigt ist, da sie glaubt, nichts mehr zu verlieren zu haben. In dem Massaker von 2013 kamen viele ihrer Mitstreiter um. Darüber hinaus sind seither Hunderte Anhänger der Muslimbruderschaft in Massenprozessen zum Tod verurteilt worden. Zahlreiche Mitglieder der Gruppe sind enteignet worden, haben ihre Arbeitsstellen oder Studienplätze verloren und sind mit sozialer Isolation konfrontiert. Mit dem Gewaltaufruf des Komitees zur Überwindung der Krise ist die lange befürchtete Radikalisierung von Teilen der Muslimbruderschaft, die bis dahin als moderater Vertreter des Islamismus galt, in greifbare Nähe gerückt. Es ist noch nicht abzusehen, wie sich die Führungsriege dazu positionieren wird und ob der Richtungsstreit langfristig aufgelöst werden kann. Wahrscheinlich wird sich aber unterdessen Ägyptens Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt weiter aufheizen.

### **Perspektiven für Ägypten und den Westen**

Angesichts der islamistischen Gewalt, die nach dem Sturz Mursis drastisch zugenommen hat und die insbesondere von jihadistischen Gruppierungen aus dem Sinai verübt wird, erklärte das Regime den Kampf gegen den Terror zur obersten Priorität. Sicherheit hat für die Regierung heute wieder Vorrang vor Demokratisierung. In dieser Hinsicht ist Sisi wieder in der Mubarak-Zeit angelangt. Das bedeutet nicht zwangsläufig auch für den Westen ein Zurück zu der Partnerschaft, die er mit Mubarak hatte. Mit dem Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Mursi durch das Militär im Jahr 2013 hatten sich die Beziehungen zum Westen zunächst so weit verschlechtert, dass sogar US-amerikanische Militärhilfe zwischenzeitlich auf Eis gelegt wurde. Gleichzeitig haben jedoch die arabischen Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, Ägypten mit großzügigen Hilfszahlungen und Krediten unter die Arme gegriffen und dem Land somit außenpolitischen Spielraum gegenüber dem Westen verschafft.

Das Land tritt seither selbstbewusster auf, will sich den westlichen Interessen nicht mehr in dem Maße unterordnen wie zuvor und vor allem keine externe Kritik an den eigenen Regierungsmethoden und Menschenrechtsverletzungen akzeptieren. Darüber hinaus will Ägypten seine außenpolitischen Beziehungen diversifizieren. Dies illustrieren zum Beispiel die jüngsten Annäherungen an Russland und das regelrechte Hofieren Putins bei seinem Besuch in Kairo im Februar 2015. Aber Sisi braucht dringend ausländische Investitionen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, die sozioökonomische Krise in Angriff zu nehmen und sich dadurch langfristig Zustimmung im Volk zu sichern. Das können die Golfstaaten allein – oder potenziell auch Russland – nicht abdecken. Daher kann Sisi auf den Westen keineswegs dauerhaft verzichten. Nach außen hin bemüht sich Ägypten deshalb um gute Beziehungen zu den USA und zu den europäischen Staaten – diesmal allerdings auf gleicher Augenhöhe. Türöffner soll dabei Ägyptens selbst erklärte Vorreiterrolle im Kampf gegen den Terror sein.

Nach innen wird hingegen zunehmend eine antiwestliche Stimmung geduldet und gefördert. Staatliche Medien und Institutionen wie etwa Gerichte, aber auch die Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Fayza Abul Naga, pflegen einen derzeit populären Diskurs, in dem der Westen als Teil einer Verschwörung gegen Ägypten dargestellt wird. So wird beispielsweise die „Revolution des 25. Januar“ als eine Verschwörung des CIA mit diversen ägyptischen Jugendgruppen portraitiert oder es wird eine geheime Kooperation der USA mit der Muslimbruderschaft unterstellt. Ziel sei gewesen, das Land zu schwächen und westlichen Interessen gefügig zu machen. Neben den USA werden auch europäische Staaten, inklusive Deutschland, als Teil dieser Verschwörung genannt und damit als Bedrohung der nationalen Sicherheit Ägyptens dargestellt. Wie lange sich das Sisi-Regime diesen populistischen Diskurs außenpolitisch leisten können, bleibt abzuwarten. Der Westen sollte ihn jedoch im Blick behalten, wenn es darum geht, die Koordinaten für eine neue Partnerschaft zu verhandeln. (Stand: 1. März 2015)

## ■ Die Autorinnen

Dr. Annette Ranko ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Ägypten, der politische Islam sowie politische Transformationsprozesse in der MENA-Region.

E-Mail: <annette.ranko@giga-hamburg.de>, Website: <<http://giga-hamburg.de/team/ranko>>

Najwa Sabra absolvierte ihren Master of Arts in „Intercultural Conflict Management“. Sie ist wissenschaftliche Hilfskraft am GIGA Institut für Nahost-Studien.

<najwasabra@gmail.com>

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Rolle islamistischer Bewegungen bei politischen Umbrüchen in der arabischen Welt wird gegenwärtig im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik“ des GIGA Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht.

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ analysiert das internationale Forschungsnetzwerk IDCAR die Formen der internationalen Diffusion und Kooperation autoritärer Regime weltweit und insbesondere in Nahost.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2014), *Jordanien Innenpolitik im Schatten des Islamischen Staates*, GIGA Focus Nahost, 9, online: <[www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost)>.

Fürtig, Henner, und Annette Ranko (2014), Durch die arabische Welt ein Riss: Im Nahen und Mittleren Osten verschieben sich die Gravitationszentren, in: *Internationale Politik*, 69, 2, 8-14.

Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <[www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost)>.

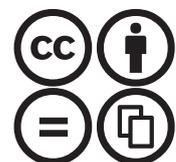
Iskander Monier, Elizabeth, und Annette Ranko (2013), The Fall of the Muslim Brotherhood: Implications for Egypt, in: *Middle East Policy*, XX, 4, 111-123.

Iskander, Elizabeth, und Annette Ranko (2012), *Präsidentenwahlen in Ägypten: Chancen und Herausforderungen für Mohammed Mursi*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <[www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost)>.

Pellicer, Miquel, und Eva Wegner (2014), *Wer wählt islamistische Parteien und warum?*, GIGA Focus Nahost, 8, online: <[www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost)>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <[www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus)> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke/Kerstin Labusga; Kontakt: <[giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de)>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**GIGA** Focus  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM